



Dr. Edgar Franke

07. Juli 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

07. Juli 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

eine ereignisreiche Parlamentswoche ist wieder zu Ende gegangen.

Eigentlich sollte das Gebäudeenergiegesetz (GEG) noch in dieser Woche verabschiedet werden. Doch das Bundesverfassungsgericht hat einem Eilantrag eines CDU-Abgeordneten stattgegeben und die Beratungen des Gesetzes in dieser Woche gestoppt.

Das Gericht hat sich nicht mit dem Inhalt des Gesetzes beschäftigt, sondern mit dem parlamentarischen Verfahren. Kritisch gesehen wurde die zu rasche Beratung der Novelle.

Im Deutschen Bundestag hat kein Gesetzentwurf zur Suizidhilfe eine Mehrheit bekommen. Ich war selbst an einem der Gesetzesentwürfe beteiligt, bedauere aber die generelle Ablehnung nicht unbedingt, weil die derzeitigen gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf das vom Bundesverfassungsgericht geschaffene Recht auf „selbstbestimmtes Sterben“ ausreichen. Doch dazu mehr in der Rubrik „Neues im Bundestag“.



Euer

Jede Woche bin ich in den verschiedensten Ausschüssen und vertrete das Ministerium. Diese Woche im Gesundheitsausschuss (Bilder auf dieser Seite) und im Petitionsausschuss (Bilder nächste Seite).

Petitionsausschusssitzung unter der Leitung der Vorsitzenden Martina Stamm-Fibich

Bei gesundheitspolitischen Themen vertrete ich das Gesundheitsministerium auch in diesem Ausschuss.

Da es darum ging, die psychotherapeutische Aus- und Weiterbildung und damit letztlich auch die Versorgung für die Zukunft abzusichern, war die Besuchertribüne voll besetzt.

Die öffentliche Petition (ID 148151) hatte neben 54.097 Online-Mitzeichnungen auch noch 18.009 „analoge“ Unterschriften verbuchen können.



„Für die Bundesregierung ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten psychotherapeutischen Versorgung ein sehr wichtiges Anliegen“, sagte BMG-Staatssekretär Franke und sicherte zu, die Petition hausintern intensiv zu prüfen. Im stationären Bereich, so sagte er weiter, seien die Kosten für die PtW aktuell

schon zu berücksichtigen und grundsätzlich zu refinanzieren. Für genaue Aussagen fehlten im BMG aber die benötigten Zahlen. Durch die hohe Anzahl der Absolventen gebe es das Problem, „diese Stellen bereit zu halten“. Das Ganze ist aus seiner Sicht „weniger ein finanzielles als ein organisatorisches Problem“. Aktuell, so konstatierte Franke, gebe es aber keinen akuten Mangel an Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten.



Neues aus dem Bundestag

Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) – SPD setzt im Entwurf Änderungen durch

Mit dem neuen Entwurf des GEG berücksichtigt die Bundesregierung die berechtigten Kritikpunkte.

Bei der ersten Sachverständigenbefragung vor zwei Wochen ging es der SPD-Fraktion vor allem um den fehlenden Mieterschutz. In den weiteren Beratungen haben sich die Ampelfraktionen auf weitere gravierende Änderungen an dem Entwurf verständigt. Dazu gehört der nun länger mögliche Weiterbetrieb von Gas- und Ölheizungen unter bestimmten Voraussetzungen, etwa der künftigen Beimischung von Agromethan, Wasserstoff oder E-Fuels.

Der Gesetzentwurf auf einen Blick:

- Bis 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral leben. Damit uns das gelingt, setzen wir voll auf erneuerbare Energien. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Gebäudesektor, in dem ein Großteil der Treibhausgasemissionen entsteht, weil dort mit sehr viel fossilen Energieträgern geheizt wird.
- Mit der Reform des GEG wollen wir den Umstieg auf klimaneutrale Heizungen für alle Menschen ermöglichen. Damit sorgen wir für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor und schützen die Menschen zugleich vor hohen finanziellen Belastungen. Denn: Wer heute eine neue Heizung einbaut, nutzt diese 20 bis 30 Jahre lang. Da die Preise für Gas und Öl in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wird fossiles Heizen für viele Menschen deutlich teurer.
- Der Entwurf der Bundesregierung sieht vor, dass ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent EE betrieben werden soll. Eine generelle Austauschpflicht für Heizungen wird es nicht geben. Reparaturen von funktionierenden Heizungen sind weiterhin möglich. Im Falle von irreparablen Defekten (Heizungshavarien) gelten weitreichende Übergangsfristen und Ausnahmen.
- Für viele Menschen geht es bei neuen Heizungen um sehr viel Geld. Durch eine breite finanzielle Förderung sorgen wir dafür, dass alle Menschen mitgenommen werden und niemand finanziell überfordert wird. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, die Förderung stärker sozial zu staffeln, individuelle Sanierungsfahrpläne zu fördern und den Mieterschutz zu stärken



Um Mieterinnen und Mieter zu schützen, regeln wir, dass die Miete nach einem Heizungstausch um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter steigen darf. Im Gegenzug profitieren alle davon, dass klimafreundliches Heizen günstiger ist als das Verbrennen von Öl oder Gas.

Experten begrüßten in der weiteren Anhörung die erfolgte Anpassung des Gesetzentwurfs, vor allem die Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung. Darin ist vorgesehen, dass Städte und Gemeinden Konzepte für das Heizen in den Gebäuden vor Ort vorlegen müssen. So können Eigentümerinnen und Eigentümer sehen, ob für sie etwa ein Fernwärmeanschluss infrage kommt. Bis spätestens 2028 müssen kleinere Gemeinden mit bis zu 100.000 Einwohner diese Wärmepläne aufgestellt haben, Großstädte bis 2026. Solange die Pläne nicht vorliegen, gilt das GEG für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht.

Rentenerhöhung

Alle Rentnerinnen und Rentner erhalten ab dem 1. Juli eine Rentenerhöhung von 4,39 Prozent im Westen und 5,86 Prozent im Osten.

Ab 1. Juli gibt es nun einen einheitlichen Rentenwert. Damit haben wir die Rentenangleichung Ost-West ein Jahr früher als geplant erreicht.

Rentenerhöhung und -angleichung sind möglich, weil steigende Löhne und der starke Arbeitsmarkt dies möglich machen.

Die Renten steigen!



Alle Rentner:innen erhalten zum **1. Juli eine Rentenerhöhung.**



Und: Wir schaffen die **Rentenangleichung Ost-West** schon jetzt – ein Jahr früher als geplant!

SPD Fraktion im Bundestag

Sterbehilfe-Gesetzentwürfe finden keine Mehrheit

2020 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt, da es das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Sterben verletzte. Nun hat der Deutsche Bundestag versucht, die Suizidbeihilfe gesetzlich zu regeln.

Zur Abstimmung standen zwei konkurrierende Gesetzentwürfe, die in den letzten Monaten von Abgeordneten verschiedener Fraktionen im Gruppenverfahren erarbeitet wurden.

Hinzu kam ein Entschließungsantrag zum Thema Suizidprävention.



Bei diesen Gewissensentscheidungen konnten die Abgeordneten frei im Bundestag abstimmen. Keiner der Gesetzentwürfe fand eine ausreichende Mehrheit.

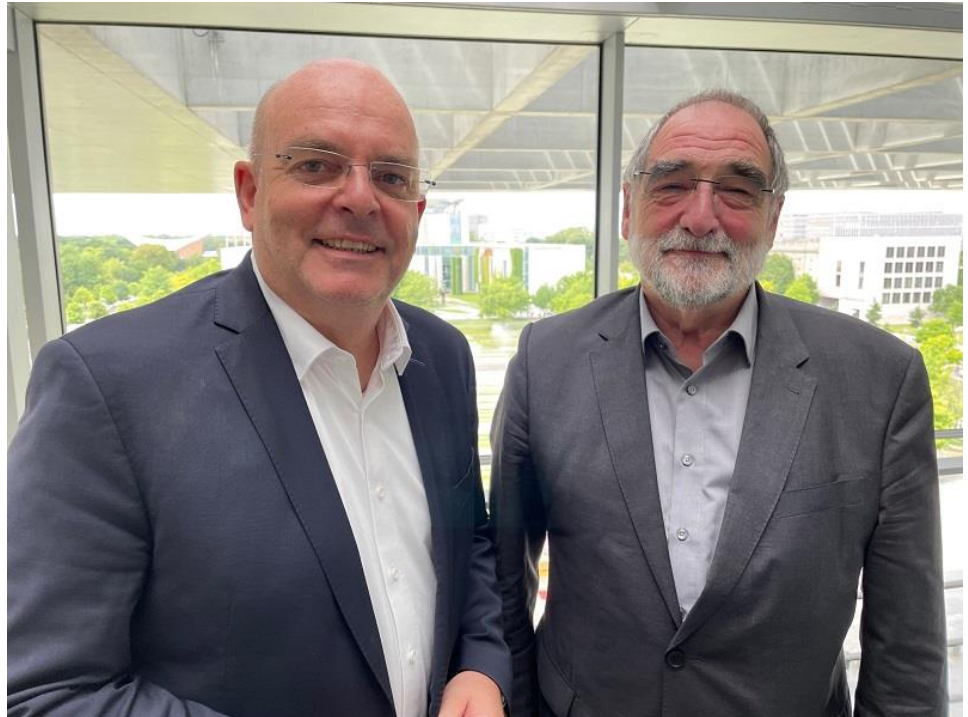
Zwei Gesetzentwürfe standen zur Abstimmung:

Der Entwurf (20/904) der Gruppe unter anderem um den Abgeordneten Dr. Lars Castellucci (SPD) strebte eine Regelung im Strafgesetzbuch an, die geschäftsmäßige Hilfe zur Selbsttötung grundsätzlich unter Strafe stellt und Ausnahmen normiert, unter denen Förderungshandlungen nicht rechtswidrig sind.

Der zusammengelegte Entwurf der Gruppen unter anderem um die Abgeordneten Katrin Helling-Plahr und Otto Fricke (beide FDP), Dr. Petra Sitte (Die Linke), Helge Lindh (SPD) und Dr. Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die Abgeordneten Renate Künast, Dr. Nina Scheer, Katja Keul, Canan Bayram, Lukas Benner und Matthias Gastel (alle Bündnis 90/Die Grünen) sowie **Dr. Edgar Franke** sah ein neues Suizidhilfegesetz vor. Darin sollte das Recht auf Hilfe zur Selbsttötung und auf Unterstützung von suizidwilligen Personen normiert werden.

Auf Einladung von Edgar Franke war **Prof. Robert Roßbruch**, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) Beobachter der Entscheidung im Parlament. Die DGHS setzt sich dafür ein, den Menschen ein unerträgliches und sinnloses Leiden zu ersparen und ihnen auch beim Sterben ihre Menschenwürde zu erhalten.

Roßbruch: „Wir hatten uns mit Nachdruck für eine liberale Gesetzgebung eingesetzt, die dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 vollauf gerecht wird. Allerdings können wir mit der Nicht-Regelung leben.“



Edgar Franke stimmte ihm zu: „Ich war mir damals 2015 mit der früheren Bundesjustizministerin Brigitte Zypries einig, dass es nicht unbedingt einer Neuregelung der Sterbehilfe bedurft hätte. Die Frage der Sterbehilfe ist vor allem keine Frage des Strafrechts. Wir haben Straffreiheit für die Beihilfe zur Selbsttötung und ich sehe keinen Grund, warum man das ändern sollte. Nötig sind aber Angebote für Menschen in Notlagen.“

Neben den zwei Entwürfen lag dem Bundestag ein gemeinsamer Antrag beider Gruppen vor, der einen Ausbau von Vorbeugungsangeboten forderte. Unter anderem soll ein bundesweiter Präventionsdienst etabliert werden, der Menschen mit Suizidgedanken und Angehörigen rund um die Uhr online und mit einer einheitlichen Telefonnummer Kontakt zu geschulten Ansprechpartnern ermöglicht. Der gemeinsame Antrag wurde mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag angenommen.

Gesundheitspolitik

Gesundheitstour mit Nancy Faeser

Gemeinsam mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die Spitzenkandidatin der SPD Hessen für die Landtagswahl 2023, besuchte Dr. Edgar Franke die BioSpring Gesellschaft für Biotechnologie mbH in Frankfurt (Main).

BioSpring ist ein weltweit führender Hersteller von synthetischen Nukleinsäuren für den Einsatz in den Bereichen Therapie, Diagnostik sowie Forschung und



Entwicklung. BioSpring wurde von den damaligen Promotionsstudenten der Goethe-Universität, **Dr. Hüseyin Aygün und Dr. Sylvia Wojczewski** (im Bild unten neben Edgar Franke), in Frankfurt am Main gegründet und ist bis heute inhabergeführt.

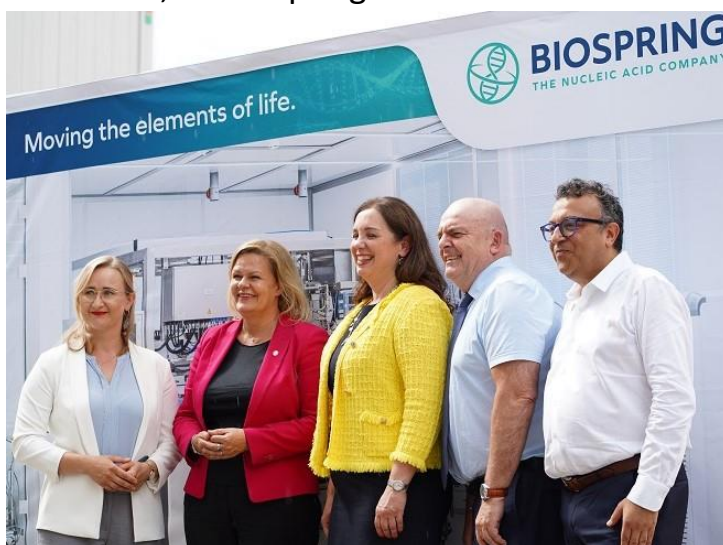
BioSpring ist ein Auftragsproduzent für die Biotech- und Pharmaindustrie und weltweit führend in der Produktion und Analyse sogenannter

Oligonukleotide, die in Medizin, Diagnostik und Forschung eingesetzt werden.

Oligonukleotide sind aus den gleichen Bausteinen aufgebaut wie menschliches Erbgut. Für die therapeutische Produktion der Hauptkomponente sogenannter Genscheren, die im Rahmen von Zell- und Gentherapie eingesetzt werden, ist BioSpring der weltweit bedeutendste Hersteller.

Die bei BioSpring hergestellten Wirkstoffe haben das Potenzial, Therapien für eine Vielzahl von Krankheiten zu ermöglichen, die bisher nicht behandelbar sind.

Darunter befinden sich auch neuartige Wirkstoffe beispielsweise zur Behandlung von Herz-Kreislauf-, neuronalen Stoffwechselerkrankungen sowie Krebs.



Konferenz der Sprecherinnen und Sprecher für Gesundheit

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Parlamentarischer Staatssekretär Edgar Franke begrüßten am 26.06.2023 die Sprecherinnen und Sprecher für Gesundheit der SPD-Fraktionen des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage und der SPD-Abgeordneten im Europaparlament im Rahmen einer Konferenz in Berlin.



Gegenstand des Austausches war die Vorhabenplanung der Bundesregierung unter Federführung des Bundesgesundheitsministeriums mit dem Schwerpunkt auf die Umsetzung von Vereinbarungen des Koalitionsvertrages und den anstehenden Reformmaßnahmen der Bundesregierung.

Die Themen erstreckten sich von der Finanzsituation der GKV und der Pflegeversicherung über die anstehende Krankenhausreform mit der Notfallversorgung, der Digitalisierung der Versorgung, dem Ausblick auf die Reform der ambulanten Versorgung bis hin zum Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVVG) mit Fragen der Arzneimittelliefer-sicherung und die Situation der Apotheken.





Online-Konferenz zum Thema „Neue Drogenpolitik“ mit Staatssekretär Mahmut Özdemir

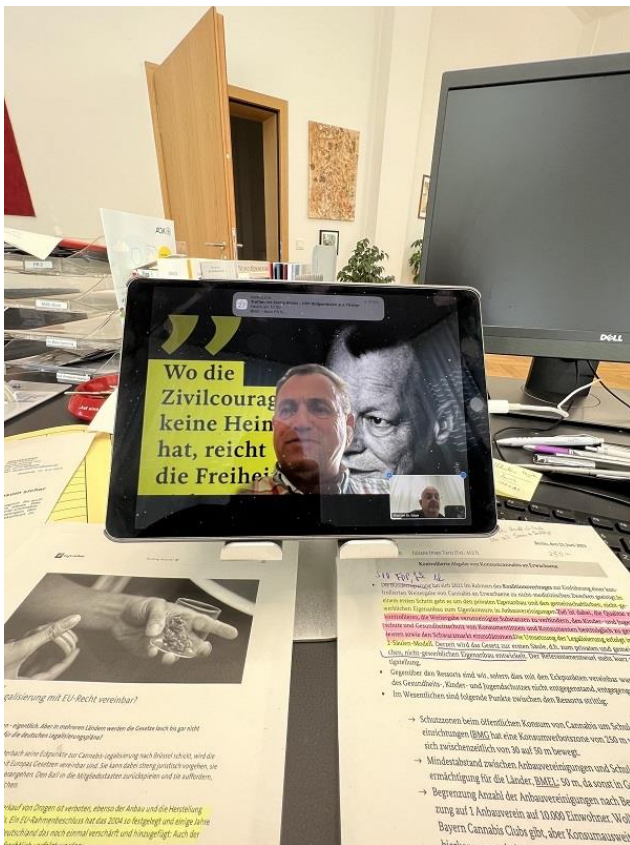
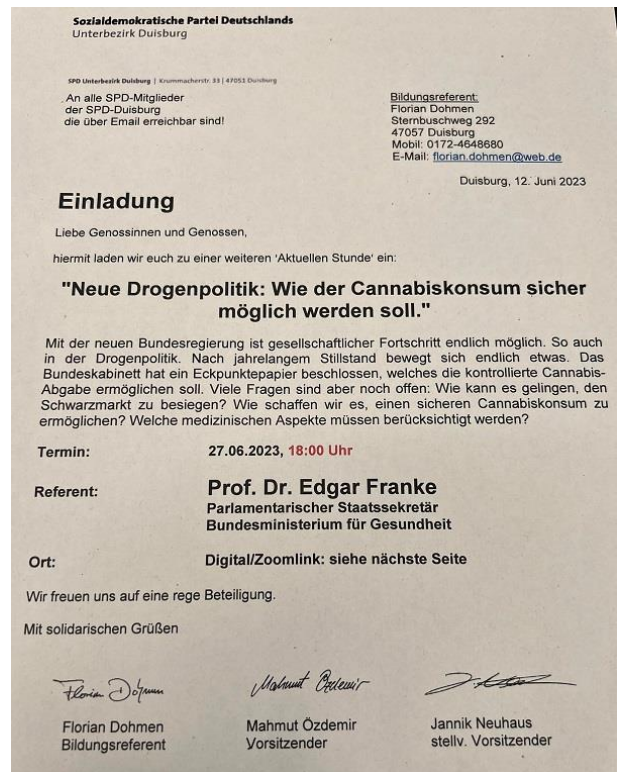
Zusammen mit dem Parlamentarischer Staatssekretär des Innern und für Heimat, Mahmut Özdemir, wurde die Online-Konferenz „Neue Drogenpolitik: Wie der Cannabiskonsum sicher möglich werden soll“ für den SPD Unterbezirk Duisburg gehalten.

Im Wesentlichen wurde der Entwurf eines Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) betrachtet.

Der Konsum von Cannabis, welches vom Schwarzmarkt bezogen wird, ist häufig mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko verbunden, da der THC-Gehalt unbekannt ist und giftige Beimengungen, Verunreinigungen sowie

synthetische Cannabinoide enthalten sein können, deren Wirkstärke von den Konsumentinnen und Konsumenten nicht abgeschätzt werden kann. Das Gesetz zielt darauf ab, zu einem verbesserten Gesundheitsschutz beizutragen, die cannabisbezogene Aufklärung und Prävention zu stärken, den illegalen Markt für Cannabis einzudämmen sowie den Kinder- und Jugendschutz zu stärken.

Konsumentinnen und Konsumenten wird durch den Gesetzentwurf ein verantwortungsvoller Umgang mit Cannabis erleichtert. Privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher nicht-gewerblicher Eigenanbau und die kontrollierte Weitergabe von Konsumcannabis an Erwachsene zum Eigenkonsum werden ermöglicht.





Konstituierende Sitzung des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft

Beim DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft hat Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit, den Impulsvortrag gehalten.

In seinem Vortrag spannte Franke den Bogen von der geplanten Krankenhausreform über die Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVG) bis hin zur Medical-Device-Regulation (MDR). Die Änderungsverordnung zur "Medical Device Regulation" (MDR) sieht vor, dass die Übergangsfrist für die Re-Zertifizierung von Bestandsprodukten der Medizin nicht wie geplant am 26. Mai 2024 ausläuft, sondern erst Ende 2027 (für Produkt mit höherem Risiko) beziehungsweise Ende 2028 (für Produkte mit mittlerem bis geringem Risiko). Sie geht auf eine Initiative des Bundesgesundheitsministeriums zurück.

Dr. Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, hatte zunächst die DIHK-Ausschüsse und ihre Arbeit vorgestellt und einen Bericht aus Berlin und Brüssel geben. Der DIHK-Ausschuss für Gesundheitswirtschaft befasst sich mit übergreifenden Themen wie der Digitalisierung im Gesundheitswesen, der Regulierung medizinischer Innovationen und der Fachkräftesicherung. Mitglieder des Ausschusses sind IHK-Mitglieder und damit Unternehmerinnen und Unternehmer aus nahezu allen Branchen der Gesundheitswirtschaft, zum Beispiel private Krankenhausträger, Digital-Health-Startups und Arzneimittel- und Medizintechnikhersteller.

Auf dem Bild von links: Dr. Achim Dercks, Dr. Karin Overlack (Geschäftsführerin Herz- und Diabeteszentrum NRW, Dr. Edgar Franke und der Ausschussvorsitzende Dr. Wolfgang Blank (Präsident der IHK Neubrandenburg).





Aus Wahlkreis und Heimatregion

100 Jahre BKK B.Braun

Die BKK B. Braun Melsungen AG wurde im Jahr 1923 von Carl Braun, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der B. Braun Melsungen AG, gegründet. Seit dem entwickelte sich die BKK von einer Fabrikkrankenkasse hin zu einem modernen Dienstleister im Gesundheitswesen mit starker Bindung an die Unternehmensgruppe B. Braun Melsungen AG. Aus der einstigen BKK B. Braun Melsungen AG und der BKK Aesculap



ist seit 2020 die BKK B. Braun Aesculap hervorgegangen. Die BKK B. Braun Aesculap ist weiterhin an beiden Standorten in Melsungen und Tuttlingen für Ihre Versicherten da.

„Die BKK B. Braun Aesculap ist ein starker Partner an der Seite der Beschäftigten und pflegt eine tiefe Verbundenheit zu den Trägerunternehmen,“ so Edgar Franke in seinem Grußwort.

Bild: Mario Heusner (Vorstandsvorsitzender), Prof. Ludwig Georg Braun, Dr. Edgar Franke und Christoph Armbruster (BKK-Vorstand).

SPD-Unterbezirksdelegiertenkonferenz zur Europawahl 2024

Martina Werner und Adriana Reitz wurden zu Kandidatinnen für die Europawahl im nächsten Jahr nominiert. Mit beiden haben wir zwei sehr gute Kandidatinnen an unserer Seite. Gutes Gelingen und Glück auf!

Auf dem Bild von links: Adriana Reitz, Landrat Winfried Becker, Martina Werner und Günter Rudolph.



Schwalm-Eder-Kreis

Krankenhaus Melsungen unterstützen



Günter Rudolph berichtet in seinem Juli-Newsletter:

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Melsungen ist und bleibt von großer Bedeutung, da es zur Förderung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung im ländlichen Bereich beiträgt.

Sozialpolitisch gesehen ist es von grundlegender Bedeutung sicherzustellen, dass Menschen, die im ländlichen Raum leben, einen gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertigen medizinischen Einrichtungen haben. Hierbei spielt die medizinische Versorgung am Standort

Melsungen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Gewährleistung der Gesundheit und des Wohlbefindens der lokalen Bevölkerung geht. Die medizinische Versorgung, insbesondere durch Fachärzte, muss sichergestellt werden. Patienten müssen zeitnah Behandlungstermine bekommen können. Dafür wird sich der Schwalm-Eder-Kreis einsetzen.

Quelle: <https://archive.newsletter2go.com/?n2g=76naprrn-luig6w04-g1f>

101 Jahre SPD Ortsverein Wabern

Der SPD Ortsverein Wabern feierte mit dem SPD-



Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Günter Rudolph (rechts).

Mit dabei: Edgar Franke (links) und der SPD-Generalsekretär Chris Degen.



Bilder der Woche

Geburtstag von Rainer Hahne auf der „Hessen“, dem Fuldadampfer. Auf der Fulda haben sich wieder viele getroffen.

Mit dem Handwerkspräsident Frank Dittmar und Nancy Faeser (Bild rechts).



Ich habe meinen alten Freund, den neuen Vorsitzenden der Kassler SPD, Manfred Merz getroffen.

Und auch den neuen Geschäftsführer des KSV Hessen Kassel, Sören Gonther, der aus der Schwalm stammt.



Hessenfest

Das Hessenfest gehört zu den legendären und schönsten Veranstaltungen im politischen Berlin. Das Fest repräsentiert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes, aber auch Kultur, Traditionen und typisch hessische Spezialitäten wie etwa die Frankfurter "Grüne



Soße" oder die nordhessische "Ahle Wurst".

Nach der Eröffnung durch Staatsministerin Lucia Puttrich und Ministerpräsident Boris Rhein gab es ein Grußwort von

Bundeskanzler Olaf Scholz.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser – Spitzenkandidatin der SPD für die kommende Landtagswahl in Hessen – freute sich über die Unterstützung von Olaf Scholz.

Bild rechts: Der Schwalm-Eder-Kreis war stark vertreten. Mit dabei (von links)

Günter Rudolph, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, **Edgar Franke**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister und **Winfried Becker**, Landrat des Schwalm-Eder-Kreises.





Kollegen

Bild rechts: **Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach** erläutert beim Sommerempfang der Deutschen Krankenhausgesellschaft im Clärchens Ballhaus die geplante Krankenhausreform.



Bild links: Zu Besuch auf dem Hamburger Stadtfest in St. Georg bei meinen Hamburger Fraktionskollegen. **Falko Droßmann** ist seit September 2021 direkt gewählter SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Hamburg-Mitte.

Wir haben eine **Arbeitsgruppe** gebildet, um an einem Online-Kommentar zur Hessischen Verfassung zu arbeiten.

Auf dem Bild von links: Elisabeth Heckert, Barbara Höhmann, Edgar Franke, Karin Buder und Michael Höhmann.





Nun beginnt die parlamentarische Sommerpause

Wir wünschen allen eine schöne Sommerzeit!

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 alle Bilder Edgar Franke, Seite 3 Screenshots von www.bundestag.de sowie Pressemeldung Petitionen — Ausschuss — hib 509/2023, Seite 5 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 6 Image by  Use at your Ease  from [Pixabay](https://www.pixabay.com/), Seite 7 Edgar Franke, Seite 8 alle Bilder © Jens Schicke, Seiten 9, 10, 11 und 12 alle Bilder Edgar Franke, Seite 13 Newsletter Günter Rudolph unter <https://archive.newsletter2go.com/?n2g=76naprrn-luig6w04-g1f> sowie 2 Bilder Edgar Franke, Seiten 14, 14 und 15, 16 alle Edgar Franke, Seite 17 Image by [Stefan Schwehofer](https://www.pixabay.com/) from [Pixabay](https://www.pixabay.com/).

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.